

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 107 (2013)
Heft: 7-8

Artikel: Die Hälfte des Himmels und mehr als die Hälfte der Arbeit
Autor: Peter, Anja / Wüthrich, Therese
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-390450>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 26.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Frauen arbeiten überwiegend im Care-Sektor.¹ Hier wird gekocht, geputzt, Kranke werden gepflegt, hilfsbedürftige Alte begleitet, Kinder grossgezogen, Familienalltag organisiert, getröstet, gelächelt, gewaschen und gebügelt. Es ist die Arbeit, die wesentlich zum Wohlstand und gutem Leben von uns allen beiträgt und von der wir alle, in gewissen Zeiten unseres Lebens, abhängig sind. Die unbezahlte Arbeit im Care-Sektor wird mindestens zu zwei Dritteln von Frauen geleistet. Auch bei den bezahlten personenbezogenen Dienstleistungen ist der Frauenanteil etwa gleich hoch. Gesamthaft werden in der Schweiz mehr unbezahlte Arbeitsstunden geleistet als be-

Die Hälfte des Himmels und mehr als die Hälfte der Arbeit

«Die Hälfte des Himmels tragen die Frauen», so ein altes chinesisches Sprichwort. Wie im Himmel so auf Erden oder so ähnlich: Denn in der Schweiz leisten die Frauen im Minimum die Hälfte aller gesamtgesellschaftlicher Arbeitsstunden. Das wäre an sich kein Problem – wir leben ja im Zeitalter der Gleichberechtigung –, wenn da nicht die Tatsache wäre, dass die Frauen in doppelter Hinsicht wirtschaftlich stark benachteiligt sind. Frauen leisten im Gegensatz zu den Männern einen grossen Anteil ihrer Arbeitsstunden un- oder schlecht bezahlt.

Wie verhält sich diese Tatsache zur Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen?



zahlte.² Zwei Drittel aller unbezahlten Arbeit verrichten die Frauen. Einige Beispiel zur Bedeutung und Grössenordnung der unbezahlten Arbeit:

- Wenn Frauen ihre unbezahlte Arbeit nur um 10 Prozent kürzen würden, entspräche dies der Schliessung sämtlicher Institutionen des bezahlten Gesundheits- und Sozialwesens.
- Alleine für die Betreuung von Kindern werden im Jahr rund 1300 Millionen Stunden unbezahlt gearbeitet.
- Die Zubereitung von Mahlzeiten ist, was das Arbeitsvolumen anbelangt, die grösste Wirtschaftsbranche überhaupt.³

Care-Arbeit ist ganz einfach sehr viel Arbeit. Der monetäre Wert von Care-

Arbeit ist riesig. Die wirtschaftliche Bedeutung immens. Also tragen die Frauen nicht nur die Hälfte des Himmels, sie leisten zudem mehr als die Hälfte der gesamtgesellschaftlichen notwendigen Arbeit un- und schlecht bezahlt.

Unser tradiertes Sozialversicherungssystem

Diesen Tatsachen wird unser heutiges Sozialversicherungssystem nicht gerecht. Bis anhin haben wir ein Sozialversicherungssystem, das fast ausschliesslich an die Erwerbsarbeit gekoppelt ist. Das heisst, Zeitdauer und Höhe des Einkommens haben Einfluss auf Versicherungsleistungen und die Rentenbildung. Mit diesem System geraten Frauen immer wieder ins Hintertreffen. Mit anderen Worten: Sie werden aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung und ihres Geschlechts benachteiligt. Es sind überwiegend die Frauen, die ihre Erwerbstätigkeit durch Unterbrechen, Reduzieren oder schlechtere Arbeitsverhältnisse an ihre Familienarbeit anpassen, was direkten Einfluss auf die Sozialversicherungen und insbesondere auf die Altersvorsorge hat.

Gesamtgesellschaftlich gesehen beträgt in der Schweiz der Frauenanteil am gesamten bezahlten Beschäftigungsvolumen gerade rund ein Drittel.⁴ Überdies ist ein grosser Anteil von Frauen in den Tieflohnsektoren zu finden oder an Arbeitsstellen, für die sie überqualifiziert sind. Nach wie vor wird die Erwerbsarbeit von Frauen unterbewertet, was in der Konsequenz Einfluss auf ihren Lohn hat. In der Schweiz beträgt die Lohndifferenz durchschnittlich immer noch gegen 20 Prozent, was sich unweigerlich auf die Sozialversicherungen für Frauen auswirkt. Aber dank dem politischen Einfluss der Frauenbewegung ist die AHV die einzige Sozialversicherung, die seit der 10. AHV-Revision von 1997 die Kinderbetreuung und Pflege von Familienangehörigen für die Rentenberechnung berücksichtigt.

Das Grundeinkommen: Rettung vor der ökonomischen Care-Falle?

Care-Arbeit zu leisten ist in unserer Gesellschaft ein Armutsrisiko. Das heutige Sozialversicherungssystem wird diesem Risiko in keiner Art und Weise gerecht. Zu häufig sind Frauen, die ein Leben lang gesellschaftlich notwendige Arbeit geleistet haben, oft mehrfach belastet, im Alter auf Ergänzungsleistungen angewiesen: Und werden damit zu BittstellerInnen degradiert. Es ist dringend notwendig, Debatten darüber zu führen, wie diesem Armutsrisiko begegnet werden könnte, und nach Auswegen zu suchen. Die aktuelle Debatte um das BGE trägt dazu leider wenig bei, weil sie weder die gesellschaftlich notwendige Arbeit zum Thema macht noch die Frage um die Finanzierung des bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) stellt. Inwiefern die bisherigen sozialstaatlichen Leistungen erhalten blieben oder abgebaut würden, bleibt in der bis anhin geführten Debatte ebenso offen.

Das BGE als Hausfrauenlohn?

Die InitiantInnen des BGE brauchen häufig das Argument, dass das Grundeinkommen ja auch als ökonomische Anerkennung der gratis geleisteten Hausarbeit verstanden werden könne. Das BGE ist aber keinesfalls eine ökonomische Anerkennung der Gratisarbeit. Denn alle, unabhängig davon, ob sie Hausarbeit leisten oder nicht, sollen diesen Betrag bekommen. Die Frage also, wer warum zu welchen Bedingungen Care-Arbeit leistet, wird in der aktuellen Debatte um das BGE weder aufgeworfen, geschweige denn beantwortet. Anzunehmen, dass sich diese Arbeit mit einem Grundeinkommen automatisch gerechter zwischen den Geschlechtern (um)verteilt, ist vorschnell und lässt sich auch empirisch nicht begründen. Studien zeigen, dass (Haus-)Frauen während der Anwesenheit der Ehemänner zu Hause tendenziell mehr arbeiten und nicht etwa durch ihre Mithilfe entlastet werden. Auch das Volu-

men der unbezahlten Arbeit und die damit verbundenen ökonomischen Folgen für die Care-Erbringerinnen sollten eigentlich deutlich machen, dass wir uns nicht länger vor dieser wichtigen feministischen Zukunftsdebatte drücken können. Wie soll in Zukunft Care-Arbeit gesellschaftlich organisiert werden, wenn es nicht selbstverständlich sein soll, dass sie gratis oder schlecht bezahlt von Frauen geleistet wird? Das BGE verändert nicht automatisch den heutigen Zustand; weder die Verteilung der Arbeit zwischen den Geschlechtern noch die schlechten ökonomischen Bedingungen von Care-Erbringerinnen.

Sozialversicherungen versus Grundeinkommen?

Wesentlich ist die Frage nach der Finanzierung des BGE. Woher kommt das Geld und welche sozialstaatlichen Leistungen würden auf Kosten des BGE ersetzt werden? Denkbar wäre eine Finanzierung über Lohnprozente (so wie beispielsweise die AHV). Dies führt aber zu einer weiteren Verteuerung der menschlichen Arbeit und erhöht damit den Druck auf die Löhne. Ein weiteres Problem bei einer nicht progressiven Besteuerung der Löhne ist, dass tiefe Einkommen stark belastet werden und sich Berufsarbeit je nach Höhe der Abgabe unter Umständen nicht mehr lohnt. Es besteht also die Gefahr, dass es sich für Frauen (die häufig Teilzeitjobs und tiefere Löhne haben) finanziell nicht mehr lohnt, Berufsarbeit zu machen, auch wenn sie das gerne täten. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn gleichzeitig eine staatlich finanzierte Kinderbetreuung nicht garantiert ist. Die Kosten für die Kinderbetreuung könnten plötzlich höher sein, als die eh schon tiefen Frauenlöhne. Je nach Umsetzung des BGE könnte es passieren, dass Berufsarbeit für Frauen zum Luxus wird.

Deshalb ist es ganz wesentlich, zu diskutieren, wie das BGE finanziert werden soll. Das Grundeinkommen darf unter

keinen Umständen andere (frauenspezifische) staatliche Leistungen ersetzen. Werden bestehende Leistungen, darunter auch Transferleistungen wie Kita-, oder Krankenkassensubventionen bis zum entsprechenden Betrag durch das BGE ersetzt, kann das heissen, dass das Grundeinkommen einer Mutter für die Bezahlung der Kita draufgeht. Ein Entwurf für BGE muss unbedingt darauf bestehen, dass sämtliche anderen sozialen Leistungen und Subventionen bestehen bleiben und sogar frauen- und kinderspezifisch ausgebaut werden, sonst besteht die reale Gefahr, dass Frauen unter dem Strich weniger Geld zur Verfügung haben als mit einem gut ausgebauten Sozialstaat.

Mehr Geld für Care-Arbeit

Aus feministischer Sicht müssen wichtige gesellschaftspolitische Fragen genauer diskutiert werden, als dies in der Debatte um die Einführung eines Grundeinkommens bis geschah. Es müssen Fragen im Zentrum stehen wie: Wer macht in Zukunft die gesellschaftlich notwendige Arbeit zu welchen Bedingungen? Welche gesellschaftlich notwendige Arbeit sollte kollektiv organisiert und bezahlt werden? In welchen Bereichen der bisher unbezahlten Care-Arbeit ist eine Selbstorganisation ohne Bezahlung weiterhin möglich?

Wir halten es für unumgänglich, dass ein gewisser Teil der unbezahlten Care-Arbeit, nämlich die Pflege und Betreuung von sorgeabhängigen Menschen (Kinder, kranke und gebrechliche Menschen) regulär bezahlt werden muss, damit sich die Frauen aus der krassen ökonomischen Ungleichheit befreien können. Anstatt eines BGE zur Finanzierung der Selbstverwirklichung von allen, die aufgrund bestehender, struktureller Ungleichheit gar nicht realisiert werden kann, fordern wir die Subvention der notwendigen Arbeit durch den Staat oder andere kollektive Finanzierungssysteme. Die Benachteiligung von

Frauen ist strukturell bedingt. Sie lässt sich auch mit einem BGE, letztlich ein «Betriebsbudget», für die allernotwendigsten Dinge nicht individuell aus der Welt handeln. Wenn Arbeit ausreichend bezahlt und damit das finanzielle Auskommen garantiert wird, verändert dies eine Gesellschaft auf die Dauer wesentlich. In den Debatten über das BGE werden diese Veränderungen zu wenig diskutiert, insbesondere was sie aus feministischer Sicht bedeuten könnten.

Ein existenzsicherndes finanzielles Auskommen ist unabdingbar

Letztlich läuft der feministische Ansatz in unserer sehr mobilen und arbeitsteiligen Gesellschaft darauf hinaus, dass die zum Überleben notwendigen (Care-)Arbeiten angemessen, das heisst, deutlich höher als bisher bezahlt werden müssen. In diesem Zusammenhang möchten wir auch eine Diskussion über ökologisch nachhaltige Landwirtschaft und die Nahrungsmittelproduktion zu gerechten Bedingungen führen. Es geht darum, die Umverteilung der ökonomischen Ressourcen zugunsten der Sorge- und Versorgungswirtschaft sowie zugunsten einer ökologisch verantwortbarer Produktion durchzusetzen. Dies schliesst sowohl die Bezahlung der entsprechenden Arbeit als auch das Zurverfügungstellen der entsprechenden Infrastruktur und der Produktionsmittel wie Produktionsräume für diese Bereiche ein.

Wir wollen ein existenzsicherndes finanzielles Auskommen, das nicht wie heute bei der Sozialhilfe oder bei Hartz IV an einen (Erwerbs-)Arbeitszwang gebunden ist. Wir wollen Gerechtigkeit im Bezug auf die Verteilung und Bezahlung von Arbeit zwischen den Geschlechtern. Wir wollen die Bedingungen rund um die Care-Arbeit neu gestalten, so dass in Zukunft alle von ihrer Arbeit und im Alter würdig leben können. ●

¹ Dazu zählen wir alle unbezahlte Familien- und Hausarbeit und die bezahlte Arbeit der personenbezogenen Dienstleistungen.

² Rund 8500 Millionen Stunden werden unbezahlt gearbeitet, rund 7000 Millionen Stunden sind bezahlte Erwerbsarbeit.

³ Alle Beispiele verdanken wir Mascha Madörin und stammen aus dem Text: Neoliberalismus oder die Reorganisation der Care-Ökonomie, in: Denknetz Jahrbuch 2007.

⁴ Trotz dem kleinen Anteil am gesamten Beschäftigungsvolumen sind in der Schweiz rund 80 Prozent der Frauen im erwerbsfähigen Alter tatsächlich erwerbstätig. Das Beschäftigungsvolumen ist deshalb so klein, weil ein grosser Teil der Frauen in Teilzeitanstellungen mit teilweise sehr kleinen Pensen erwerbstätig ist.

⁵ Natürlich lässt dich die ganze Problematik rund um die Sorge am und für den Menschen nicht alleine mit der Bezahlung aller Arbeit lösen. Das ist gar nicht unser Ziel. Es gibt weitere politische Forderungen wie z.B. die Reduzierung der Normalarbeitszeit der Erwerbstätigen, damit wir alle mehr Zeit für Care-Arbeiten (und Freizeit!) zur Verfügung hätten.

⁶ Ein Grundeinkommen, das der ökonomischen Anerkennung der gratis geleisteten Hausarbeit dienen soll, ist nichts anderes als ein «Betriebsbudget», welches überhaupt erlaubt, einen Haushalt zu führen.

Anja Peter, 1980, Historikerin und Gewerkschaftssekretärin in spe, lebt mit Mann und zwei Kindern in Bern. anja.peter@swissonline.ch

Therese Wüthrich, 1949, Gewerkschafterin im Unruhezustand, lebt in Bern. wuethrich_th@bluewin.ch

Die Autorinnen sind Mitglieder des Debatierclubs von WIDE-Schweiz. Sie sind Mitverfasserinnen des Diskussionspapiers: Kritische Einwände zum bedingungslosen Grundeinkommens, s. Neue Wege 12/2012.